



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

7. APRIL 2005

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Sie zu dieser Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Der Vizepräsident und ich möchten Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch EU-Kommissar Joaquín Almunia teilnahm.

Insgesamt hat sich unsere Einschätzung der Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht nicht verändert. Bisher sehen wir keine deutlichen Anzeichen dafür, dass sich ein grundlegender binnenwirtschaftlicher Preisdruck im Euro-Währungsgebiet aufbaut. Dementsprechend haben wir die Leitzinsen der EZB unverändert belassen. Sowohl die nominalen als auch die realen Zinssätze befinden sich auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau und stützen weiterhin die Konjunktur. Auf mittlere Sicht bestehen jedoch nach wie vor Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität; anhaltende Wachsamkeit ist daher unabdingbar.

Ich möchte Ihnen nun unsere Einschätzung näher erläutern und zunächst auf die **wirtschaftliche Analyse** eingehen. Von den jüngsten Daten und Umfrageergebnissen zur Konjunkturentwicklung gehen gemischte Signale aus. Insgesamt weisen sie jedoch auf kurze Sicht auf ein anhaltendes moderates Wirtschaftswachstum hin, wobei derzeit noch keine klaren Anzeichen für eine Verstärkung der grundlegenden Dynamik erkennbar sind.

Auch längerfristig betrachtet sind die Bedingungen für ein anhaltendes moderates Wirtschaftswachstum nach wie vor gegeben. Das Weltwirtschaftswachstum bleibt stabil und unterstützt die Ausfuhren des Euroraums. Binnenwirtschaftlich ist davon auszugehen, dass die Investitionen weiter von den sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, der verbesserten Gewinnentwicklung und der gesteigerten Effizienz der Unternehmen profitieren werden. Das Konsumwachstum dürfte sich parallel zum Wachstum des realen verfügbaren Einkommens

entwickeln. Gleichzeitig stellen jedoch insbesondere die anhaltend hohen Ölpreise ein Abwärtsrisiko für das Wirtschaftswachstum dar.

Was die Verbraucherpreise betrifft, so belief sich die jährliche Teuerung nach dem HVPI der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im März auf 2,1 % und war damit unverändert gegenüber Februar. In den kommenden Monaten dürften die jährlichen Inflationsraten weiterhin knapp über 2 % betragen, wobei der genaue Wert zu einem guten Teil von der Entwicklung der Ölpreise abhängen wird. Für die weitere Zukunft sehen wir bislang keine deutlichen Anzeichen dafür, dass sich im Euro-Währungsgebiet ein grundlegender binnenwirtschaftlicher Preisdruck aufbaut. Die Lohnsteigerungen hielten sich in den letzten Quartalen in Grenzen, und vor dem Hintergrund des verhaltenen Wirtschaftswachstums und der schwachen Arbeitsmarktentwicklung dürfte sich dieser Trend auch vorläufig fortsetzen.

Gleichwohl bestehen nach wie vor Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität. In Anbetracht der jüngsten Ölpreisanstiege gilt es erneut, Zweitrundeneffekte bei der gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Preisbildung zu vermeiden. Dabei kommt es vor allem darauf an, dass die Sozialpartner ihrer Verantwortung in dieser Hinsicht gerecht werden. Darüber hinaus muss die Entwicklung der längerfristigen Inflationserwartungen genau beobachtet werden.

Weitere Rückschlüsse auf die Aussichten für die Preisentwicklung auf mittel- bis längerfristige Sicht lassen sich aus der **monetären Analyse** ziehen. Die jüngsten monetären Daten und Kreditdaten lassen zwar eine gewisse Verlangsamung der Geldmengenexpansion erkennen, doch bestätigen sie auch, dass der stimulierende Effekt des niedrigen Zinsniveaus nach wie vor dominiert. Zudem deutet die Tatsache, dass die monetäre Dynamik weiterhin in erster Linie von den liquidesten Komponenten getragen wird, darauf hin, dass die Überschussliquidität Risiken eines Preisauftriebs auf mittlere bis längere Sicht mit sich bringen könnte. Angesichts des kräftigen Geldmengen- und Kreditwachstums sollte darüber hinaus aufmerksam beobachtet werden, ob sich Risiken im Zusammenhang mit dem starken Anstieg der Preise für Wohnimmobilien in einigen Regionen des Eurogebiets aufbauen.

Zusammenfassend bestätigt die wirtschaftliche Analyse, dass sich der grundlegende binnenwirtschaftliche Preisdruck nach wie vor in Grenzen hält, wenngleich mittelfristige Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität fortbestehen, die sorgsam beobachtet werden müssen. Die **Gegenprüfung** anhand der monetären Analyse spricht dafür, hinsichtlich des Eintretens solcher Risiken weiterhin wachsam zu bleiben.

Was die **Finanzpolitik** angeht, so liefern die jüngsten Informationen ein gemischtes Bild und bereiten weiter Sorgen. In einigen Ländern des Euro-Währungsgebiets sind die öffentlichen Finanzen zwar nach wie vor stabil, und in anderen Ländern schreitet die Haushaltskonsolidierung langsam voran, doch sind die Aussichten für die künftige Entwicklung der Haushalte in mehreren

Ländern beunruhigend, da die Ungleichgewichte den Prognosen zufolge nicht, wie zuvor geplant, zurückgehen und in einigen Fällen sogar zunehmen dürften.

Angesichts der Tatsache, dass unzureichende Konsolidierungsstrategien und Unzulänglichkeiten bei deren Umsetzung eine Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in der Vergangenheit erschwert haben, ist es nun wichtig, dass die Konsolidierungsvorhaben ehrgeizig sind und vollständig umgesetzt werden. Ebenso entscheidend ist, dass die Europäische Kommission und der ECOFIN-Rat die neue Vereinbarung zur Implementierung des Pakts strikt durchsetzen, um so die Glaubwürdigkeit dieses Handlungsrahmens wiederherzustellen. Der EZB-Rat möchte darüber hinaus die Notwendigkeit bekräftigen, finanzpolitische und strukturelle Reformen wie vorgesehen durchzuführen, die die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und das Vertrauen in die Wachstumsaussichten aller Mitgliedstaaten stärken.

Mit Blick auf die **Strukturreformen** im Euro-Währungsgebiet begrüßt der EZB-Rat die Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates, der am 22. und 23. März 2005 in Brüssel zusammentrat; danach „ist es unabdingbar, der Lissabonner Strategie unverzüglich neue Impulse zu geben und die Prioritäten auf Wachstum und Beschäftigung auszurichten“. Die EU-Mitgliedstaaten müssen dringend Innovationen und die Bildung von Humankapital fördern, ein wirtschaftsfreundlicheres regulatorisches Umfeld schaffen, die Marktliberalisierung beschleunigen und die Arbeitsmarktflexibilität erhöhen.

Es ist wichtig, dass die EU-Staaten sich nun auf die Umsetzung der Reformagenda konzentrieren. Der Rückstand bei der Umsetzung muss unbedingt beseitigt werden, um die Vorteile der Reformen hinsichtlich eines mittelfristig höheren Wachstumspotenzials und eines kurzfristig gestärkten Vertrauens bei Verbrauchern und Unternehmen voll nutzen zu können.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

<p style="text-align: center;">Europäische Zentralbank Abteilung Presse und Information Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404 Internet: http://www.ecb.int Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.</p>
--